Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 4 München, 23. Januar 1931 18. Jahrgang

1931 Wochenkalender 5691

	Jan.	Schebat	Bemerkungen
Sonntag	25	7	
Montag	26	8	
Dienstag	27	9	
Mittwoch	28	10	
Donnerst.	29	11	
Freitag	30	12	
Samstag	31	13	בשלח שבת שירה הפטרה ודבורה אשה נביאה (Richt. 4, 4—24. 5, 1—31)

Wichtige Neuerscheinung!

Soeben erschienen **in deutscher Sprache,** herausgegeben vom Zentralbüro der Jewish Agency für Palästina, London:

1.: **Palästina-Debatte im englischen Unterhaus.** Stenographischer Bericht über die Verhandlungen im englischen Unterhaus vom 17. November 1930.

Preis: RM. 1.50

2.: **Leonard Stein,** Memorandum gegen das Palästina-Weißbuch der britischen Regierung vom Oktober 1930.

Preis: RM. 1.50

Zu beziehen vom **Archiv der Zionistischen Organisation, Berlin W. 15, Meinekestr. 10.**

Buchhändler und Bezieher einer größeren Zahl von Exemplaren erhalten entsprechenden Rabatt.

Das Jüdische Echo

Nummer 4 | 23. Januar 1931 | 18. Jahrgang

Verschiebung des Zionistenkongresses

Unter dem Zwange der Gegebenheiten

Das Aktions-Komitee der Zionistischen Weltorganisation hat in der Nachtsitzung vom 17. auf den 18. Januar nach außerordentlich heftiger Debatte mit 20 gegen 11 Stimmen die Verschiebung des für den 24. Februar 1931 nach Karlsbad einberufenen Zionistenkongresses auf den Monat Juni beschlossen. Wenn man die Gabe hätte, in den Herzen der Mitglieder jener Versammlung, welche für die Verschiebung gestimmt haben, zu lesen, so würde man feststellen können, daß die 20 Mitglieder viel lieber für die Beibehaltung des ursprünglichen Termins gestimmt hätten und daß die 11 Stimmen, die sich gegen eine Verschiebung ausgesprochen haben, auf Grund der Kenntnis aller Details der gegenwärtigen zionistischen Situation sich viel lieber für eine Verschiebung ausgesprochen hätten. Es gibt eben Situationen, wo auch das Gegenteil dessen, was beschlossen wird, auch nicht viel wert ist. Man spricht dann von größerem und kleinerem Übel. Denn es ist kein Zweifel, daß sowohl die Abhaltung des Kongresses am 24. Februar, wie auch die Verschiebung von Übel sind. Es bleibt nun die Frage, was man für das größere Übel hält. Und in der Hinsicht gab es Meinungsverschiedenheiten.

Es ist ohne weiteres klar, daß den 20 Männern, die für die Verschiebung des Kongresses gestimmt haben, dieser Entschluß sehr schwer gefallen ist. Es handelt sich bei diesen Männern, ebenso wie bei den 11 Opponenten des Beschlusses, um Menschen höchster Verantwortlichkeit gegenüber dem Wohl und Wehe der Sache, der sie allesamt länger als ein Menschenalter dienen. Sie haben für diese Sache so manches persönliche Opfer gebracht, sie haben dem Werke des Zionismus ihre Jugend und ihr Mannesalter geopfert und sie opferten in dem Beschlusse für die Verschiebung des Kongresses auch ihren guten Ruf in der Zionistischen Organisation. Denn man darf sich darüber nicht täuschen, daß nunmehr von oppositioneller Seite, d. h. aus den Kreisen jener Fraktionen, denen die 11 Opponenten des Beschlusses entstammen, die allerheftigsten Vorwürfe gegen die 20 A.-K.-Mitglieder, die für die Verschiebung gestimmt haben, ertönen werden. Man wird ihnen im Hader des Parteikampfes sagen, daß sie an ihren Ämtern kleben, daß sie Angst vor der zionistischen Öffentlichkeit haben, daß sie sich vor der Verantwortung auf dem Kongresse drücken. Das alles ist diesen 20 Männern, die im Einvernehmen mit der bisherigen Exekutive den Mut aufbrachten, zu ihrer Überzeugung zu stehen und sich für das kleinere Übel zu entscheiden, durchaus klar gewesen. Diese letzte A.-K.-Sitzung in London war, soweit wir informiert sind, voll dramatischer Spannungen. Selten wurde auf einer zionistischen Tagung mit so viel Leidenschaft, mit so viel Seelenpein gerungen und kein ehrlicher, anständiger Zionist hat das Recht, der Mehrheit oder der Minderheit im Aktionskomitee Vorwürfe zu machen, die sich nicht auf die Überzeugung in der Stellungnahme der einzelnen Mitglieder, sondern auf andere weniger edle Motive beziehen. Sowohl die Mehrheit, die für den Beschluß der Verschiebung verantwortlich ist, wie auch die Minderheit, die gegen den Antrag der Verschiebung stimmte, haben sich nur unter schwersten Gewissensqualen zu ihrem Entschlusse durchgerungen. Das kann auf Grund der detaillierten Berichte in der Sitzung des Aktions-Komitees ohne jede Einschränkung behauptet werden.

Es ist kein Zweifel, daß der Beschluß, den Kongreß-Termin zu verlegen, in der zionistischen Öffentlichkeit außerordentliches Aufsehen und schwere Mißstimmung erregen wird, obwohl jeder einzelne Zionist ohne Rücksicht auf seine fraktionelle Bindung, privat befragt, die Richtigkeit dieses Beschlusses aus sachlichen Gründen zugeben wird. Parteipolitisch gesehen, bedeutet der Beschluß der Verschiebung für die bisherige Exekutive und für ihre Anhänger gewissermaßen einen Selbstmord. Denn es ist vorauszusehen, daß bei Fortschreiten der innerzionistischen Verhetzung sich der Zorn der zionistischen Kongreßwähler gegen die Männer wenden wird, die bisher die Leitung der zionistischen Geschicke, soweit diese überhaupt von den Juden gemeistert werden können, in den Händen hatten. Allerdings soll ausdrücklich festgestellt werden: Als der Beschluß, den Kongreß zu verschieben, gefaßt war, da herrschte im Aktionskomitee bei der Mehrheit und bei der Minderheit geradezu ein Gefühl der Erleichterung, denn man ersehnte irgendeine Entscheidung in der ungewissen Situation und man war froh, daß diese durch den Beschluß der 20 gegen die 11 Opponenten gefaßt wurde. Dieses Gefühl der Erleichterung ist psychologisch einfach zu erklären. Weder Mehrheit noch Minderheit waren hundertprozentig von der Richtigkeit ihres Standpunktes überzeugt und darum waren sie froh, daß überhaupt ein Entschluß gefaßt wurde. Wenn der Kongreß nicht verschoben worden wäre, so hätte dieses Gefühl der Erleichterung sicherlich auch bei der Mehrheit, die für die Verschiebung gestimmt hat, Platz gegriffen.

Man erkennt daraus unschwer, wie kompliziert die Lage in der zionistischen Bewegung und in der Zionistischen Organisation ist. Daß sie so weit gediehen konnte, ist sicherlich zu einem erheblichen Teile auf eigene Fehler und Unterlassungssünden zurückzuführen. Denn schließlich kann richtige Politik von einem zu selbständigen politischen Denken und Handeln, infolge jahrhunderte langer Unterdrückung wenig befähigtem Volke, nicht verlangt werden. In schweren Qualen und Nöten, nach Bezahlung eines reichlichen Lehrgeldes, ringt sich ein Volk zu richtigem politischem Denken und Handeln durch. Und außerdem ist ja die prekäre Situation im Zionismus nur zum Teile eine Folge eigener Unzulänglichkeit, denn ausschlaggebenden Einfluß auf die Situation haben Faktoren, die außerhalb der Einwirkungssphäre der zionistischen Organisation liegen. Englands weltumspannende

politische Interessen und die ungeheuerliche Wirtschaftsnot diesseits und jenseits des Ozeans sind Momente, die zwangsläufig das Schicksal des Zionismus beeinflussen. Darin liegt eben die Größe der zionistischen Konzeption, daß diese Bewegung das jüdische Volk wieder in die aktive Politik als handelnden Faktor hineingestellt hat. Damit sind selbstverständlich Gefahren verschiedenster Art verbunden, welche jedoch nur eine unvermeidliche Begleiterscheinung der großen Chancen sind, die aus dieser Sachlage für die Beeinflussung des jüdischen Schicksals durch die Juden selbst resultieren.

Die Entscheidung ist gefallen. Die Zionistische Organisation in der ganzen Welt wird gut daran tun, dem Beispiele des Aktions-Komitees in seiner Sitzung vom 17. auf den 18. Januar zu folgen. Als der Beschluß gefaßt war, zeigte sich im Gremium des Aktions-Komitees eine seltene Einmütigkeit, um in den kommenden Wochen und Monaten mit allen Kräften, soweit es in der Macht der zionistischen Organisation und des jüdischen Volkes liegt, alles zu tun, um die Notwendigkeiten des Palästina-Aufbaus zu berücksichtigen. Der Beschluß, eine repräsentative Delegation nach Amerika zu schicken, um dort in einem großzügigen Palästina-Drive Mittel für das notleidende Palästinawerk zu sammeln, die Bereitschaft auch derjenigen Gruppen, die gegen die Verschiebung gestimmt haben, des Misrachi, der Radikalen und Revisionisten, sich intensiv an der Arbeit für die Fonds zu beteiligen, die Billigung der Haltung unserer Unterhändler gegenüber der britischen Regierung und schließlich die Einmütigkeit, bei der Würdigung N a h u m S o k o l o w s bewiesen, daß trotz aller Zwischenfälle die Einheit der zionistischen Überzeugung nach wie vor besteht. Sie ist eine Einheit des Herzens und eine Einheit des Wollens. Und wenn organisatorisch auch Gegensätze vorhanden sind, so werden diese durch die Herzen, denen nach dem berühmten französischen Ausspruch die besten Gedanken entspringen, überwunden werden. m. w.

Die außerordentliche Tagung des Aktionskomitees

Verschiebung des Kongresses

Demission der misrachistischen Exekutiv-Mitglieder

L o n d o n, 15. Januar. (JTA.) Mittwoch, den 14. Januar, wurde in London die außerordentliche Tagung des Zionistischen Aktions-Komitees eröffnet. In Vertretung des Präsidenten des Aktions-Komitees Leo Motzkin, der sich, wie bereits gemeldet, vor einigen Wochen auf ärztlichen Rat zu einem Kuraufenthalt nach Nizza begeben und für längere Zeit jeder öffentlichen Betätigung entsagen mußte, führte der ehemalige Abgeordnete zum polnischen Sejm und Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Warschau, H. Farbstein, den Vorsitz. Die amerikanischen Mitglieder des Aktions-Komitees, sowie die der Förderation Misrachi und den Allgemeinen Zionisten angehörenden Aktions-Komitee-Mitglieder aus Palästina sind zur Tagung nicht erschienen.

In seiner hebräisch gehaltenen Eröffnungsansprache gab Farbstein der Hoffnung Ausdruck, daß die Beratungen des Aktions-Komitees zu fruchtbaren Ergebnissen führen werden und beantragte die Absendung eines Schreibens an den erkrankten Präsidenten des Aktions-Komitees, Leo Motzkin, in dem ihm das Aktions-Komitee baldige Wiederherstellung wünscht. Sein Nachruf auf Lord Melchett wurde von der Versammlung stehend angehört. Präsident Farbstein gedachte sodann der anderen Verluste, die die Organisation und das jüdische Volk in letzter Zeit, insbesondere durch den Tod von Nathan Straus erlitten haben, und erteilte, nachdem die Sitzung für vertraulich erklärt worden war, das Wort dem Präsidenten der Zionistischen Exekutive, Nahum Sokolow.

Wie in einem offiziellen Kommuniqué mitgeteilt wird, erklärte Sokolow in seiner Ansprache, es müßten außerordentliche Mittel zur Rettung der Bewegung aus ihrer kritischen finanziellen Lage angewandt werden. Der Zionismus und seine Schöpfungen diese Quintessenz des Judentums, müßten vom jüdischen Volk erhalten werden. Man könne nicht zu den Methoden zionistischer Arbeit vor Erlassung der Balfour-Deklaration zurückkehren. Das zionistische Ideal habe heute konkrete Formen angenommen, es sei untrennbar mit der Palästina-Arbeit verknüpft. Die Grundlagen des Palästinawerkes, Erziehungswesen und Kolonisation, dürfen nicht erschüttert werden. Das Gewissen des jüdischen Volkes müsse aufgerüttelt, alle seine potentiellen Energien zur Rettung der Lage freigemacht werden. Wenn das jüdische Volk erkennen werde, was auf dem Spiele steht, werde es auf den Ruf Zions, dem es seine Träume, seine Hoffnungen, seine Tränen und seine Lieder geweiht habe, antworten. Man müsse eine starke Delegation nach Amerika entsenden. Die Judenheit der Vereinigten Staaten, die für den Aufbau Palästinas bisher so große Opfer gebracht hat, werde dieses Werk in einer so kritischen Situation sicher nicht im Stiche lassen. Daß gerade die Juden armer Länder ihre Leistungen für Erez Israel erhöht haben, sei ein Beweis dafür, daß die Situation mit Energie und Entschlossenheit gerettet werden könne. Das Aktions-Komitee müsse alle Meinungsverschiedenheiten beiseite lassen und unverzüglich zur Tat schreiten. Im Hinblick auf die Dringlichkeit der Aktion ist die Exekutive der Ansicht, daß der Kongreßtermin um einige Monate verschoben werden soll.

Dr. Weizmann gab einen kurzen Überblick über die politische Entwicklung seit der letzten Aktions-Komitee-Tagung. Er skizzierte den bisherigen Verlauf der noch unabgeschlossenen Verhandlungen zwischen Jewish Agency und englischer Regierung und erklärte sich bereit, Fragen über Einzelheiten innerhalb der Politischen Kommission zu beantworten. Der Bericht Dr. Weizmanns wurde von Dr. Nahum Goldmann ergänzt, worauf Dr. Werner Senator einen Bericht über die finanzielle Lage in Palästina erstattete.

Die Debatte wurde von A. Harzfeld eröffnet, der sich mit Nachdruck für eine Verstärkung der Ansiedlung von Arbeitern in Palästina einsetzte und gegen die Abhaltung des Kongresses im Februar aussprach.

Simon Marks erklärte, es müsse mit der Lage, wie sie von Dr. Senator dargestellt worden sei, gerechnet werden. Es wäre nötig, zahlreiche Sparmaßnahmen zu treffen und in den nächsten Monaten alle Energien auf das Aufbringen von Geldmitteln zu konzentrieren. Daher sei auch er gegen die Abhaltung des Kongresses im Februar.

Abg. Grünbaum wies darauf hin, daß die gesamte zionistische Welt mit Spannung auf den Kongreß warte und sehr enttäuscht wäre, falls er verschoben werden sollte. Er glaube, daß das Zusammentreten des Kongresses sich auf die Geldaufbringungskampagne günstig auswirken werde. Es sei die Unklarheit der politischen Situation, die zu der jetzigen Geldknappheit ge-

führt habe. — Das Mitglied der Exekutive, Harry Sacher, wies auf die von Dr. Senator aufgezeigte ernste Lage hin, mit der das Aktions-Komitee zu rechnen habe. Wenn das Aktions-Komitee eine neue Exekutive wünsche, so könne eine solche auch ohne Kongreß noch auf dieser Tagung eingesetzt werden. Dr. Hexter verlas ein Telegramm der amerikanischen Zionisten, in dem die Verschiebung des Kongreßtermins und die Entsendung einer Delegation nach den Vereinigten Staaten gefordert wird. Auch Meer Großmann und Dr. Nurck protestierten energisch gegen den Plan einer Verschiebung des Kongresses.

Dr. Hantke bemerkte, ein Rückgang der Einkünfte des Keren Hajessod sei im abgelaufenen Jahr nur in den Vereinigten Staaten erfolgt. — Kurt Blumenfeld hob die Notwendigkeit der Einigkeit im gegenwärtigen Augenblick hervor. — Es sprachen noch Twersky, Naiditsch, Goldstein, Goldbloom, Szkolnik und Remez für die Verschiebung des Kongreßtermins, während Rabbi Berlin und Dr. Goldmann für die Abhaltung des Kongresses im Februar eintraten. Letzterer erklärte, die Abhaltung des Kongresses im Februar sei ein wichtiger Schritt zur Herbeiführung einer Besserung der finanziellen Lage. Kaplansky faßte noch einmal die Gründe, die für die Verschiebung des Kongreßtermins sprechen, zusammen. — Dr. S. Levin machte der Opposition den Vorwurf, sie habe das Vertrauen der Massen untergraben. Nach einer Reihe von persönlichen Erklärungen wurde die Generaldebatte um 1 Uhr morgens geschlossen.

London, 18. Januar. (JTA.) Das Plenum des Aktions-Komitees hat am Freitag, dem 16. Januar, keine Sitzung abgehalten, es fanden nur Kommissionssitzungen statt. Am Sonnabend, dem 17. Jan., abends, trat das Plenum des Aktions-Komitee wieder zusammen. Rabbiner Dr. D. M. Nurok erstattete den Bericht der Politischen Kommission, der vom Aktions-Komitee zur Kenntnis genommen wurde. Das Aktions-Komitee billigte *einstimmig* die Haltung der Exekutive bei den bisherigen Verhandlungen zwischen Jewish Agency und englischer Regierung und erklärte, die weitere Gestaltung der jüdischen Politik gegenüber England hänge von dem Ergebnis des zweiten Teiles der Verhandlungen, in dem die Probleme der Einwanderung und der Palästina-Verfassung zur Sprache kommen sollen, ab. Der Antrag der Politischen Kommission, den Termin des 17. Zionistenkongresses zu verschieben, wurde mit 20 gegen 11 Stimmen angenommen. Die Zionistische Exekutive wurde beauftragt, dem Aktions-Komitee einen Vorschlag über das genaue Datum der Eröffnung des Kongresses zu unterbreiten. Die Vertreter des Misrachi in der Zionistischen Exekutive, Lazarus Barth und Rabbi Berlin haben nach Annahme des Antrages auf Verschiebung des Kongresses demissioniert. Der Vertreter der Radikalen Zionisten in der Politischen Kommission, Dr. Nahum Goldmann, gab die Erklärung ab, daß er bis zur nächsten Sitzung der radikalen Exekutive, die beschlossen hat, ihren Vertreter aus der Kommission zurückzuziehen, falls das Aktions-Komitee eine Verschiebung des Kongresses beschließen sollte, in der Kommission verbleiben werde. Die Radikale Exekutive wird nunmehr ihre endgültige Entscheidung treffen.

Die Vollversammlung des Aktions-Komitees wurde am Sonntag, dem 18. Januar, fortgesetzt. Auf Grund des Berichtes der Finanzkommission wurde eine Reihe von Ersparungsmaßnahmen, darunter die Einstellung des hebräischen Zentralorgans „Haolam“, sowie die Entsendung einer Delegation nach Amerika zur Verstärkung der Palästina-Kampagne beschlossen. In einer großen Rede wandte sich Prof. Dr. Weizmann gegen die Methoden, deren sich die Opposition in ihrer Kampagne gegen ihn bediene. Er erklärte sich zur Fortführung der Arbeit unter der Voraussetzung bereit, daß Garantien für die Einhaltung straffer Disziplin geschaffen werden und daß eine Reinigung der gegenwärtigen ungesunden Atmosphäre erfolgt.

Sonntag abends kam die Frage des Kongreßtermins nochmals zur Sprache. Das Aktions-Komitee hat beschlossen, daß der 17. Zionistenkongreß spätestens am 15. Juni 1931 zusammentreten soll.

Die Mitglieder der Exekutive der Jewish Agency, Prof. Maurice Hexter und Dr. Werner Senator, treten am Montag, dem 19. Januar, die Rückreise nach Palästina an.

Vertagung der Verhandlungen zwischen Jewish Agency und englischer Regierung

London, 15. Januar. (JTA.) Mit Rücksicht auf die Abreise des englischen Außenministers Henderson, der in den Verhandlungen zwischen Jewish Agency und den Vertretern der englischen Regierung den Vorsitz geführt hat, zur Völkerbundstagung nach Genf, wurden die Verhandlungen bis zu seiner Rückkehr, die frühestens in einem Monat erfolgen wird, vertagt. Wie die JTA. erfährt, wird Prof. Maurice Hexter die Verhandlungspause dazu ausnützen, um sich unmittelbar nach Beendigung der Tagung des Aktions-Komitees zu dreiwöchigem Aufenthalt nach Palästina zu begeben.

Nahum Sokolow 70 Jahre

Ein Führer der zionistischen Bewegung und des geistigen Judentums

London, 9. Januar. (JTA.) Am 23. Januar 1931 vollendet Nahum Sokolow, Präsident der Exekutive der Zionistischen Weltorganisation und Ehrenvizepräsident des Administrative Committee der Jewish Agency, einer der Organisatoren der modernen zionistischen Bewegung und einer der geistigen Führer des Judentums von heute, sein 70. Lebensjahr. Die Zionistische Weltorganisation, die zionistischen Verbände und die Hebraisten-Gruppe in allen Ländern rüsten sich zur festlichen Begehung dieses Tages.

Nahum Sokolow wurde am 5. Sch'wat 5621 (1861) in Wyszogrod bei Plock (Polen) geboren. Er widmete sich frühzeitig schriftstellerischer Tätigkeit und trat 1884 in die Redaktion der Warschauer hebräischen Zeitung „Hazefira“ ein, deren Leitung er bald darauf ganz übernahm. Sokolow wurde hier der eigentliche Begründer der modernen hebräischen Journalistik. Seine glänzend geschriebenen Feuilletons und Artikel in der in europäischem Geiste redigierten „Hazefira“ vollbrachten ein großes Kulturwerk, indem sie der gerade dem Ghetto entwachsenden jüdischen Leserschaft in Osteuropa die Kenntnis Westeuropas und der Moderne vermittelten. Daneben veröffentlichte Sokolow zahlreiche Abhandlungen und Aufsätze in hebräischer, jiddischer, russischer, englischer, französischer und deutscher Sprache fast in der ganzen jüdischen Presse der Welt. Er arbeitete auch an vielen nichtjüdischen Zeitschriften in fast sämtlichen europäischen Sprachen mit.

Der zionistischen Bewegung schloß sich Nahum Sokolow bald nach dem Auftreten Herzls an. Er gehörte auch bereits zu den Teilnehmern am ersten Zionistenkongreß. Nach Herzls Tode wurde er 1905 Generalsekretär der Zionistischen Organisation in Köln unter David Wolffsohns Führung und redigierte dort einige Zeit das zionistische Zentralorgan „Die Welt", sowie das von ihm begründete hebräische Zentralorgan der Zionistischen Organisation „Ha' olam". 1909 begleitete er David Wolffsohn in einer politischen Mission nach Konstantinopel. Seitdem trat er innerhalb der zionistischen Bewegung und Organisation auf dem Gebiete der Politik, der Propaganda und der Kutlurarbeit immer mehr in den Vordergrund und wurde auf dem zehnten Zionistenkongreß in Basel 1911 zusammen mit Prof. Otto Warburg, Dr. Schmarjahu Levin und Dr. Arthur Hantke in das engere Aktionskomitee der Zionistischen Organisation gewählt. Er siedelte damals nach Berlin über und blieb hier als Mitglied der Leitung der Zionistischen Organisation bis zum Beginn des Weltkrieges. Während dessen Verlauf verlegte Sokolow seinen Wohnsitz von Berlin nach London, wo er fortan gemeinsam mit Dr. Weizmann und Dr. Tschlenow eine großzügige politische Tätigkeit für die Einbeziehung der zionistischen Palätsina-Forderungen in die englische Politik entfaltete und so an der Erlangung der Balfour-Deklaration mitwirkte. Seit dieser Zeit ist Nahum Sokolow an allen politischen Aktionen des Zionismus führend beteiligt. Er verhandelte während des Weltkrieges mit vielen führenden politischen Persönlichkeiten Europas über die Fragen des Zionismus, und es gelang ihm, bei den Regierungen Frankreichs und Italiens die Zustimmung zur Balfour-Deklaration zu erlangen. Sokolow hat ferner wiederholte Verhandlungen mit dem Vatikan geführt und wurde 1917 vom Papste Benedict XV. empfangen, dem er die Ziele der zionistischen Bewegung darlegte. Während der Friedensverhandlungen in Versailles wurde Sokolow Präsident des Comité des Délégations Juives und wirkte bei der Anerkennung der jüdischen Minderheitsrechte in den verschiedenen Friedensverträgen mit. Ebenso ist die Zustimmung des amerikanischen Parlaments zur Gründung einer jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina sowie die wiederholten Sympathieerklärungen vieler Regierungen darunter der von Polen, Rumänien und Südafrika, für die Politik des Zionismus auf Sokolows politische Tätigkeit zurückzuführen. Auf der Londoner Jahreskonferenz im Jahre 1920 sowie auf den ihr folgenden Zionistenkongressen wurde Sokolow zum Präsidenten der Zionistischen Executive, bei der der Gründung der erweiterten Jewish Agency im Jahre 1929 auch in deren Executive gewählt und im September 1930 vom Administrative Committee der Jewish Agency zu deren Ehren-Vizevorsitzenden ernannt. Er ist ferner seit 1921 Präsident aller Zionistenkongresse gewesen.

Neben seiner politischen und journalistischen Tätigkeit hat Nahum Sokolow auch eine ausgedehnte literarisch-wissenschaftliche Tätigkeit entfaltet. Er schrieb u. a.: „Sin'at olam l'am olam" (eine Geschichte des Antisemitismus; Warschau 1882); „Zaddik w'niss gaw" (eine historische Novelle; Warschau 1882); „Erez chemda" (eine Geographie Palästinas; Warschau 1885); er gab die Jahrbücher „Haassif" und „Sefer sikkaron" (ein biographisches Lexikon zeitgenössischer jüdischer Schriftsteller; Warschau 1889) heraus. Seine neuesten literarischen Werke sind „Baruch Spinoza us 'manno" (London 1929) und „H. ani hakibbuzi" (New York 1930). Besondere Erwähnung verdient seine in 2 Bänden erschienene „History of Zionism" (London 1919), in der er zum erstenmal den Versuch einer historischen Darstellung des zionistischen Gedankens gemacht hat. Sokolow hat endlich eine große Reihe wichtiger Werke der europäischen Literatur ins Hebräische übersetzt, darunter Herzls „Altneuland" sowie die Geschichte der jüdischen Literatur von Gustav Karpeles.

Die Verehrung, die Nahum Sokolow in den jüdischen Massen, insbesondere in Osteuropa, Amerika und Südafrika, als Politiker, Volksredner, Schriftsteller und Journalist genießt, ist fast ohne Beispiel. Seine Verdienste um die Ausbreitung des zionistischen Gedankens und dessen Anerkennung in der nichtjüdischen Welt bleiben unvergänglich.

Jahresversammlung des deutschen Komitees Pro-Palästina

Die deutsche Regierung und das Auswärtige Amt sprechen ihre Sympathie für das jüdische Palästinawerk als ein Werk menschlicher Wohlfahrt und Gesittung aus.

Berlin, 20. Januar. (JTA.) Am 19. Januar fand unter Vorsitz von Graf Bernstorff im Kaiserhof die 4. Jahresversammlung des Deutschen Komitees Pro Palästina statt, an der etwa 60 Mitglieder des Komitees teilnahmen, darunter die Herren Ministerialdirektor Dr. Ruppel, Geheimrat Prof. Dr. Sellin, Freiherr von Rechenberg, Ministerialdirektor Dr. Badt, Regierungspräsident Dr. Haussmann, Rabbiner Dr. Baeck, Direktor Oscar Wassermann, Regierungspräsident Dr. Herbst, Arnold Zweig, Regierungspräsident Jaenicke, Ministerialrat Dr. Fuchs, Prof. Koigen, Dr. Grabowsky, Willy Dreyfuß u. a. m. Vom Auswärtigen Amt war Ministerialdirektor Dr. Dieckhoff erschienen, ferner die Legationsräte Prof. Sobernheim und Dr. Grobba.

Graf Bernstorff verlas ein Begrüßungsschreiben des Preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun, sowie das folgende Schreiben des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Herrn von Bülow

„Die Deutsche Regierung und das Auswärtige Amt haben ihre Sympathie für die Ziele und Bestrebungen Ihres Komitees wiederholt ausgesprochen. Insbesondere hat auch mein Amtsvorgänger mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß wir mit Ihnen das Aufbauwerk in Palästina als ein hervorragendes Mittel für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Orients, für die Ausbreitung deutscher Wirtschaftsbeziehungen und für die Versöhnung der Völker betrachten.

Es ist zu hoffen, daß die Schwierigkeiten verschiedener Art, die das Tempo im Fortschritt des Palästinawerkes gehemmt haben, überwunden werden können; eine kluge und besonnene Führung wird das Werk weiterleiten als ein Werk menschlicher Wohlfahrt und Gesittung, dem die Sympathien weiter Kreise in Deutschland sicher sind.

Leider verhindert, an Ihrer Jahresversammlung teilzunehmen, wünsche ich dem Deutschen Komitee Pro Palästina unter Führung seines bewährten Präsidenten Graf Bernstorff die besten Erfolge zu seiner weiteren Tätigkeit. gez. Bülow."

Nach Erstattung des Jahresberichtes durch den Vorsitzenden, beschloß die Versammlung auf Antrag des Präsidenten einstimmig, den Preußischen Kultusminister Dr. Grimme und Ministerialdirektor Dr. Ruppel, das deutsche Mitglied der Mandatskom-

mission des Völkerbundes, neu in den Ehrenausschuß zu wählen.

Sodann folgte ein mit großem Interesse aufgenommener Vortrag von Dr. Bileski über „Das Palästina-Mandat als völkerrechtliches und politisches Problem“ und ein zwangloses Beisammensein, in dessen Verlauf Graf Bernstorff und Kurt Blumenfeld (Vorsitzender der Zionistischen Vereinigung für Deutschland) das Wort ergriffen.

Würzburger Gemeindewahlen

Die jüdischen Gemeindewahlen in Würzburg, die am 25. Januar stattfinden sollten, wurden im Hinblick auf die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage durch ein Kompromiß aller Parteien vermieden. Die neue Verwaltung wird die verschiedenen Parteien in folgender Stärke vertreten sehen:

Orthodoxe mit 8 Mandaten.
Liberale mit 7 Mandaten.
Mittelpartei mit 2 Mandaten.
„Ostjüdische Gemeinschaft (Jüd- Volkspartei)“ 1 Mandat.

Zum erstenmal zieht also die Jüdische Volkspartei in die Gemeindestube ein. Sie wurde gegründet am 27. Dezember 1930. Am Gründungsabend schrieben sich sofort 93 Mitglieder ein; bis heute zählt sie 102 Mitglieder, womit nach Lage der Würzburger Verhältnisse der Höchststand noch nicht erreicht sein dürfte.

Die Jüdische Volkspartei, deren Aufbau von der Zionistischen Ortsgruppe schon längere Zeit ins Auge gefaßt war, wurde zu einer unabweisbaren Notwendigkeit, infolge der Stellung zur Ostjudenfrage, die die Gemeindeverwaltung einnahm. Die Karenzzeit für die Ostjuden betrug bisher fünf Jahre für das passive Wahlrecht und fünf Jahre für das aktive Wahlrecht. Geändert wurde diese Bestimmung in einer im Dezember stattgefundenen Gemeindeversammlung durch Annahme eines von der Verwaltung einstimmig beschlossenen und der Versammlung vorgelegten Paragraphen, auf Grund dessen das aktive und passive Wahlrecht von den Ostjuden nach drei Jahren erlangt werden kann.

Da diese einstimmig von der Verwaltung beschlossene Bestimmung auch der bisher von der Ostjüdischen Gemeinschaft delegierte Vertreter mitbeschlossen hatte, sah die Mehrheit der ostjüdischen Gruppe ihre Interessen durch ihren Vertreter nicht genügend gewahrt und beauftragte die Zionistische Ortsgruppe, bei der bevorstehenden Wahl ihre Rechte durchzusetzen. Der gegebene Weg war die Gründung der Jüdischen Volkspartei, da ein Anschluß an die bisherigen Parteien natürlich nicht mehr in Frage kam.

Die Zionistische Ortsgruppe hatte schon in jener Gemeindeversammlung den Antrag eingebracht: Das passive und aktive Wahlrecht steht allen Mitgliedern der jüdischen Kultusgemeinde nach einjährigem Aufenthalt in Würzburg zu. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die orthodoxe Vereinigung hatte ihren Mitgliedern die Abstimmung freigegeben, da innerhalb ihrer eigenen Reihen eine Opposition gegen die Beschränkung der Rechte der Ostjuden als unvereinbar mit dem jüdischen Gesetz, sich gebildet hatte. Trotzdem stimmte nur eine verschwindend kleine Anzahl für diesen Antrag. Die Opposition innerhalb der Orthodoxie erwies sich aber später als stark genug, um auf dem Wahlvorschlag der Orthodoxen Vereinigung Kandidaten an die Spitze zu bringen, die in diesen Fragen mit der Jüdischen Volkspartei zusammengehen werden.

Das erste Auftreten der Jüdischen Volkspartei schon vor ihrer juristischen Konstituierung zeigte also, daß ihre Wirkung weniger von der Zahl ihrer Mandate abhängt als von der Geschlossenheit ihres Programms und der Tragweite und Gerechtigkeit ihrer Forderungen, da dies alles notwendig eine starke Auseinandersetzung bei anderen Gruppen hervorrufen mußte.

Bei dieser Sachlage war es vorauszusehen, daß die Anerkennung der Jüdischen Volkspartei als Rechtsnachfolgerin der bisherigen Ostjüdischen Gemeinschaft von seiten der Verwaltung auf keine Schwierigkeiten stieß, zumal, wie betont, heute ein Wahlkampf von niemand gewünscht wurde. Bei Nichtanerkennung hätte nach dem Gemeindestatut — wonach bei Auftreten einer neuen Partei gewählt werden muß — ein Wahlkampf stattfinden müssen.

In der neuen Verwaltung wird die Jüdische Volkspartei von Herrn Heinrich Freudenberger vertreten; als Ersatzmann wurde Herr Alfred Wohl nominiert.

Da ein Teil der nunmehr aufgelösten „Ostjüdischen Gemeinschaft“ gegen die Anerkennung der „Jüdischen Volkspartei“, als Rechtsnachfolgerin der „Ostj. G.“ protestierte, gleichzeitig aber erklärte, keinen eigenen Wahlvorschlag einreichen zu wollen, trägt die J.V. vorläufig, bis zur ersten Plenarsitzung, den Namen „Ostjüdische Gemeinschaft (Jüdische Volkspartei).“

Das Hakenkreuz in der Realschulklasse

Unter dieser Überschrift berichtet die „Münchener Post“ vom 14. Januar:

Zwei Tage lang spielte vor dem Münchener Schwurgericht ein Prozeß gegen den verantwortlichen Herausgeber der Oberbayerischen Rundschau, eines jämmerlichen hakenkreuzlerischen Winkelblättchens, das vor Jahresfrist in der Umgebung Münchens ein wenigwöchiges kümmerliches Dasein führte. Der Fall lag ziemlich einfach: üble Nachrede und Beleidigung, begangen durch die Presse; aber er ist auch charakteristisch für die verheerende Wirkung der hakenkreuzlerischen Pressehetze vor allem auf die unreife Jugend. Der angeklagte Redakteur war erst in zweiter Linie schuldig; er hatte den beanstandeten Zeitungsartikel wörtlich aus dem Nürnberger antisemitischen Hetzblatt „Der Stürmer“ entnommen. Der gute Mann hält, wie er vor dem Richter aussagte, alles für bare Münze, was im „Stürmer“ steht. Damit weiß man über die geistigen Qualitäten dieses sonderbaren Redakteurs ziemlich genau Bescheid. Gegen die „Stürmer“-Redaktion wird der Prozeß erst später vor dem Nürnberger Schwurgericht durchgeführt werden.

Das fränkische Städtchen Gunzenhausen ist ziemlich von Juden bevölkert. Dort ist für die Haß- und Hetzapostel vom Hakenkreuz ein guter Agitationsboden. Es ist so einfach, der christlichen Bevölkerung weiszumachen, daß die Juden schuld seien an aller Not. Das enthebt sie des unbequemen Nachdenkens über die wahren Ursachen des Wirtschaftselends. Selbstverständlich macht die antisemitische Hetze vor den Jugendlichen nicht halt. Im Gegenteil, gerade unter der unreifen Schuljugend finden die „Stürmer“-Nummern mit ihrem antisemitisch-erotisch-pornographischen Inhalt guten Absatz. Am

verheerendsten wirkte die Hetze auf die Schüler der Gunzenhausener Realschule. Dort wurden jüdische Lehrer von ihren Schülern geradezu bespitzelt und jede ihrer Äußerungen peinlich auf ihren etwa versteckten Sinn hin geprüft und untersucht.

Typisch für die antisemitische Hetze an der dortigen Anstalt ist die gegen den jüdischen Neusprachenlehrer, Prof. Aaron Kurzmann, betriebene Hetze. Er examinierte in der sechsten Klasse eines Tages eine Pastorstochter im Englischen (die Klasse war von Schülern und Schülerinnen besucht). Das Mädchen stellte sich recht ungeschickt an, was den Professor zu der Äußerung bewog: „O du heiliges Lamm Gottes! Früher warst du doch noch etwas besser; aber jetzt scheint ein Schaf Gottes aus dir zu werden.“ Das war alles, keinem Menschen fiel es zunächst ein, sich bei dem Ausspruch des Professors etwas zu denken. Erst reichlich später kam einer der besonders verhetzten Schuljungen auf die Idee, sich noch nachträglich in seinem religiösen Empfinden verhetzt zu fühlen und die Sache gegen den gehaßten Juden auszuwerten. Die systematische Verhetzung der Schüler machte aus dem harmlosen Ausspruch des Professors ein Religionsverbrechen. Die kindliche Phantasie der halbreifen Knaben ersetzte das zu einem vollendeten Verbrechen noch Fehlende aus eigenen Stücken und einer der Buben (!!) verfaßte einen — Brandartikel im „Stürmer“. Da las man, der Lehrer habe gesagt, Christus sei das Schaf Gottes; damit habe der Lehrer bewiesen, daß in seinen Adern noch das gleiche Blut rinne, das vor 2000 Jahren dazu führte, Christus anzuspeien und ihn ans Kreuz zu nageln.

Nun setzte ein regelrechtes Kesseltreiben gegen den jüdischen Lehrer der Gunzenhausener Realschule ein. Das Städtchen wurde mit „Stürmer“-Exemplaren bombardiert. Prof. Kurzmann wurde auf der Straße angepöbelt. Die „gebildeten“ Teile des Kleinstadtpöbels gebärdeten sich am tollsten. Bis endlich das Untersuchungsverfahren dem Spuk ein vorläufiges Ende setzte.

Fast die ganze Schulklasse hatte sich zum Schwurgerichtstermin als Zeugen eingefunden. Man merkte, daß inzwischen eine gewisse Ernüchterung Platz gegriffen hat. Nicht ein einziger der 17- bis 19jährigen inzwischen schulentlassenen Zeugen, wagte es, unter Eid zu behaupten, daß Kurzmann eine Äußerung über das „Schaf Gottes“ in Zusammenhang mit Christus, oder der Christenheit getan habe, auch der Artikelschreiber nicht. Dagegen erklärte die Hauptzeugin — eben jene Schülerin, an die der Ausspruch adressiert war — auf das bestimmteste, daß die Äußerung nicht zusammen mit dem Wort Christus gefallen sei. Die Folge war, daß der Wahrheitsbeweis des Angeklagten völlig in sich zusammenbrach. Der Staatsanwalt beantragt einen Monat Gefängnis; das Gericht war gnädiger und verkündete 150 RM. Geldstrafe.

Aus der jüdischen Welt

Preußischer Landesverband und Abwehrkampf

Berlin, 16. Januar. (JTA.) Herr Dr. A. Sandler, Mitglied des Rates des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden, teilt der JTA. mit:

„Der offizielle Bericht über die am 11. Januar stattgefundene Sitzung des Rates des Preußischen Landesverbandes gibt von der Behandlung des vorletzten (22.) Punktes der Tagesordnung folgende Darstellung:

‚Der von einem Provinzial- und Landesverbande gegebenen Anregung, den Preußischen Landesverband zur Übernahme des politischen Abwehrkampfes zu veranlassen und ihn um die Annahme und Ausführung eines solchen Auftrages zu bitten, wurde nicht entsprochen; es wurde vielmehr beschlossen, über diese Anregung zur Tagesordnung überzugehen.‘

Diese Fassung muß den Eindruck erwecken, als habe der Rat mit der Annahme des von mir gestellten Antrages auf Übergang zur Tagesordnung seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber jener Anregung zum Ausdruck bringen wollen. Welche Gründe mich zur Stellung des Antrages auf Übergang zur Tagesordnung in Wirklichkeit veranlaßt haben, ist von mir in der Ratssitzung deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Die Übernahme des politischen Abwehrkampfes durch den Preußischen Landesverband, die übrigens von dem Provinzialverband Schleswig-Holstein, dem Landesverband der Hansastädte und anderen Provinzial- und Landesverbänden angeregt worden ist, stellt ein jüdisch-politisches Problem von solcher Tragweite dar, daß die Erörterung dieser Frage einer gründlichen Besprechung in einer besonderen Sitzung des neugewählten Rates vorbehalten bleiben muß. Das drei Minuten lange Referat des Berichterstatters, gehalten in der letzten halben Stunde der neunstündigen, letzten Sitzung der abgelaufenen Session, schien mir keine angemessene Behandlung dieses wichtigen Gegenstandes zu sein. Ich beantragte daher Übergang zur Tagesordnung, um den Gegenstand für diese Session ad acta zu legen und um ihn in der neuen Session auf Grund eines neuen Antrages in einer der Bedeutung der Frage angemessenen Form zur Erörterung zu bringen.“

Professor Karl Ballod und der Zionismus

Riga, 14. Januar. (JTA.) Der vor einigen Tagen im Alter von 65 Jahren verstorbene Nationalökonom Prof. Karl Ballod, der nach der Revolution eine bedeutende Rolle als Führer der Radikalen Demokraten in Deutschland gespielt hat, war ein hervorragender Kenner Palästinas und Förderer der zionistischen Bestrebungen. Prof. Ballod stand eine Zeit lang an der Spitze der Pro-Palästina-Bewegung in Deutschland. Es ist ihm gelungen, das Interesse weiter nichtjüdischer Kreise für den Zionismus wachzurufen. Er war wiederholt selbst in Palästina und hat das Land nach allen Richtungen hin durchforscht. Mit großem Nachdruck hat er auf Grund seiner Untersuchungen die Ansicht vertreten, daß Palästina bei entsprechender Intensivierung der Landwirtschaft für eine Bevölkerung von 6 Millionen Menschen Raum bietet.

Regierungskrise und Wahlkampf in Thüringen um die Schächtfrage?

Berlin, 15. Januar. (JTA.) Auf Betreiben der Nationalsozialisten legte die thüringische Regierung dem Landtag einen Entwurf eines Schächtverbotgesetzes vor. Der Entwurf ist bereits im Plenum und im Ausschuß in der ersten Lesung beraten worden. Wie heute aus Weimar telegraphiert wird, wollen der Landbund und die Wirtschaftspartei dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung nicht geben, weil verschiedene Berufszweige dadurch schwere wirtschaftliche Schädigungen befürchten. Auch die drei Industrie- und Handelskammern in Thüringen haben Bedenken zum Ausdruck gebracht. Alle sind gegen eine landesgesetzliche Regelung dieser Frage. Falls aber die bürgerlichen Parteien die Gesetzesvorlage ablehnen sollten, wollen die Nazis — so erklären sie — es zur Landtagsauflösung treiben.

Thüringen verhindert die Einbürgerung jüdischer Ausländer in Preußen

Berlin, 13. Januar. (JTA.) In einer Kleinen Anfrage im Lantag hatte der Abg. Nuschke (Staatspartei) darauf hingewiesen, daß trotz eines Landtagsbeschlusses, Ausländer nach zehnjährigem einwandfreien Aufenthalt in Deutschland einzubürgern, sich die Fälle häuften, in denen völlig einwandfreie Persönlichkeiten selbst nach einem Aufenthalt von zwanzig und mehr Jahren vergeblich auf die Einbürgerung warteten. Die zuständige preußische Stelle habe den Bescheid erteilt, nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 hätten die Länder die Möglichkeit, Einbürgerungen zu widersprechen, über die der Reichsrat zu entscheiden habe. Von dieser Möglichkeit habe nur ein einziges Land Gebrauch gemacht, eine Entscheidung des Reichsrates habe aber noch nicht herbeigeführt werden können. Die Anfrage sprach die Vermutung aus, es handele sich hierbei um Thüringen.

In der Antwort des preußischen Innenministeriums heißt es, die preußische Regierung trage nach wie vor dem Landtagsbeschluß Rechnung und auch der Reichsinnenminister habe alle Landesregierungen um ein gleiches Vorgehen gebeten. Richtig sei, daß in den erwähnten Fällen nur Thüringen Einspruch erhoben habe.

Mildes Urteil für nationalsozialistische Rowdies

Frankfurt a. M., 13. Januar. (JTA.) Ein Urteil, das hier wegen seiner Milde Aufsehen erregt, hat soeben ein Frankfurter Gericht gefällt. Angeklagt waren wegen schwerer Körperverletzung der Dekorateur Rudolf Bienmüller und der Mitarbeiter eines nationalsozialistischen Skandalblattes Wilhelm Wylinsky. Die Beiden befanden sich eines Abends auf einer Bierreise in Damengesellschaft. Auf dem Börneplatz fielen sie unter den Rufen: „Das sind ja Juden, die müssen abgeschlachtet werden!“ über zwei ruhig des Weges dahergehende Juden her. Bienmüller schlug einen derselben derartig ins Genick, daß er zu Boden stürzte. Wylinsky versetzte dem wehrlos am Boden liegenden noch einen Kinnhaken. Auch der zweite Passant wurde schwer mißhandelt. Bei Eintreffen der Polizei flüchteten die Angreifer, konnten aber eingeholt und festgestellt werden. Vor Gericht sagten die Überfallenen aus, daß die Angeklagten „Heil Hitler“ riefen und daß Wylinsky ein Messer zog. — Das Gericht erkannte — ungeachtet der in letzter Zeit sich häufenden derartigen Gewalttätigkeiten — auf je 20 RM. Geldstrafe gegen die Angeklagten. In der Begründung heißt es, daß die Tat zwar außerordentlich roh sei, daß man aber nicht übersehen dürfe, daß sich die Angeklagten nach reichlichem Alkoholgenuß in rauflustiger Stimmung befanden; deshalb seien je 20 RM. Geldstrafe eine ausreichende Sühne.

Umbau des Gemeindehauses der Frankfurter Isr. Religionsgemeinde

Frankfurt a. M., 13. Januar. (JTA.) Der längst erforderliche innere Umbau des Gemeindehauses der Israelitischen Gemeinde, des historischen vormaligen Bankgebäudes M. A. v. Rothschild & Söhne, Fahrgasse 146 (Ecke Börnestraße), soll in absehbarer Zeit erfolgen. — Es ist nicht ausgeschlossen, daß hierbei auch das Nebengebäude, Börnestraße 54, ein alter Fachwerkbau, umgebaut wird. Die Umbauprojekte schweben noch zur Zeit. Eine großzügige Schenkung der Frau Baronin Edmond de Rothschild in Paris ermöglicht es, ohne Inanspruchnahme von Gemeindemitteln die Pläne auszuführen.

Zahlenmäßiger Rückgang der jüdischen Bevölkerung Württembergs

Stuttgart, 5. Januar. (JTA.) Der Verband der Israelitischen Gemeinden Württembergs veröffentlicht eine statistische Übersicht über das religiöse Leben in den jüdischen Gemeinden Württembergs, der u. a. zu entnehmen ist, daß unter den Juden Württembergs im Jahre 1927 104 Geburten, 165 Sterbefälle, 13 Austritte aus dem Judentum und ein Übertritt zum Judentum zu verzeichnen waren. Im Jahre 1928 zählte man 83 Geburten, 149 Sterbefälle, 9 Austritte aus dem Judentum und 6 Übertritte zum Judentum. Im Jahre 1929 zählte man 101 Geburten, 152 Sterbefälle, 14 Austritte aus dem Judentum und 2 Übertritte zum Judentum. Unter 65 Eheschließungen im Jahre 1927 waren 15 Mischehen; unter 77 Eheschließungen im Jahre 1928 7 Mischehen; unter 72 Eheschließungen im Jahre 1929 waren 16 Mischehen. Nach den Mitteilungen des Amtsblattes der Evangelischen Landeskirche sind im Jahre 1928 10 Kinder aus evangelisch-jüdischen Mischehen geboren worden, von denen 6 evangelisch getauft wurden. Die Zahl der Kinder aus solchen Mischehen betrug im Jahre 1929: 12, von denen ebenfalls 6 getauft worden sind. Unter den evangelischen Konfirmanden waren 1928: 6 Kinder aus evangelisch-jüdischen Mischehen, diese Zahl hat sich 1929 auf 12 gesteigert.

Das Gemeindeblatt der württembergischen irsraelitischen Gemeinden schreibt: Wer sich mit der Statistik der Juden in Deutschland beschäftigt, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich die deutsche Judenheit in einem fortschreitenden Auflösungsprozeß befindet. Zum Nachlassen der religiösen Energie und zum wirtschaftlichen Verfall kommt der zahlenmäßige Rückgang. Hier helfen alle schönen Redensarten nicht: die Scheu vor der Ehe, die Geburtenbeschränkung, Mischehe und Abfall zehren am Lebensmark der Judenheit. Sein Bollwerk, der Mittelstand, ist ins Wanken geraten. Die wachsende Proletarisierung der jüdischen Massen raubt ihm die Festigkeit und Schlagkraft.

Der Brandstifter von Borscha, Pfarrer Berendei, verurteilt

Sighet, 12. Januar. (JTA.) Der Pfarrer Berendei, auf dessen antisemitische Hetze die Brandstiftung in Borscha zurückzuführen ist, wurde wegen Beleidigung des ehemaligen Präfekten von Sighet, Juga, dem er vorgeworfen hatte, er sei von den Juden gekauft, zu einer Geldstrafe von 1500 Lei und dreijährigem Verlust der bürgerlichen Rechte verurteilt.

Der Völkerbundsrat und das Palästinaproblem

Genf, 18. Januar. (JTA.) Die Palästinafrage figuriert nicht auf der Tagesordnung der Tagung des Völkerbundsrates, die am Montag, dem 19. Januar, eröffnet wurde. Nur im Bericht über die letzte Tagung der Mandatskommission wird erwähnt, daß sich die Mandatskommission auf ihrer nächsten Tagung mit dem Weißbuch der englischen Regierung über die zukünftige Palästinaregierung befassen wird. Wie der JTA-Vertreter aus authentischer Quelle erfährt, beabsichtigt der britische Außenminister Arthur Henderson, der auf der gegenwärtigen Völkerbundratstagung den Vorsitz führt, nicht, im Verlaufe der Tagung irgendwelche Erklärungen über das Weißbuch abzugeben oder die Initiative zu einer Erörterung der damit in Zusammenhang stehenden Probleme zu ergreifen. Es ist zu erwarten, daß der jugoslawische Außenminister Marin-

kovic in seinem Referat über den Bericht der Mandatskommission die Frage des Zeitpunktes der Beratung des Weißbuches durch den Völkerbundsrat aufwerfen wird. Sollte der Rat beschließen, eine Beratung über das Weißbuch auf die Tagesordnung der im Mai stattfindenden nächsten Völkerbundratstagung zu setzen, so wird die Einberufung einer außerordentlichen Tagung der Mandatskommission erfolgen müssen.

Der umfangreiche Bericht der Klagemauer-Kommission, der, wie bereits gemeldet, beim Völkerbundssekretariat noch nicht eingetroffen ist, wird im Verlauf der gegenwärtigen Tagung dem Völkerbundsrat von der britischen Regierung nicht offiziell vorgelegt werden. Doch wird von der britischen Delegation beim Völkerbund der Plan erwogen, den Bericht der Klagemauer-Kommission inoffiziell bei den Ratsmitgliedern zirkulieren zu lassen. Ein endgültiger Beschluß über diesen Plan liegt noch nicht vor.

Die jüdische Immigration nach Frankreich durch neue Verordnungen gefährdet

Paris, 5. Januar. (JTA.) Die französische Regierung bereitet neue Verordnungen über Einwanderung, Niederlassung und Arbeitsberechtigung in Frankreich vor, durch die fast alle Juden, die innerhalb der letzten fünf Jahre in Frankreich eingewandert sind, schwer betroffen werden würden. Die Einführung der neuen Bestimmungen, die im Hinblick auf die im Laufe des Monats Dezember auf das Dreifache gestiegene Arbeitslosenziffer notwendig erscheinen, ist auf das Drängen der Radikalen Partei, die im allgemeinen den Ausländern freundlich gegenübersteht, zurückzuführen. Nach den neuen Verordnungen sollen Ausländer, die weniger als 5 Jahre in Frankreich ansässig sind, keine Arbeitserlaubnis erhalten. Ausländern, die im Besitz einer Arbeitserlaubnis sind, soll der Übergang zu einem neuen Beruf nicht erlaubt werden, die Grenzen Frankreichs sollen für alle Ausländer mit Ausnahme von Touristen gesperrt, ausländische Personen, die nicht im Besitz einer Aufenthaltsbewilligung sind, oder eine solche auf illegalem Wege erlangt haben, ausgewiesen werden. Sollten diese Verordnungen in Kraft treten, so würde hierdurch nicht nur jede weitere jüdische Einwanderung nach Frankreich, wohin in letzter Zeit wöchentlich etwa tausend Juden aus Polen gekommen sind, unterbunden werden, sondern es wäre auch ein großer Teil der ausländischen Juden in Frankreich gezwungen, das Land wieder zu verlassen.

Das Testament Lucien Wolfs

London, 9. Jan. (JTA.) Soeben wurde der Inhalt des Testaments Lucien Wolfs der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Lucien Wolf hat ein Vermögen von etwa 4000 Pfund hinterlassen, von dem ein Viertel seiner Witwe, der Rest seinen Kindern zufällt. Seine wertvolle jüdische Bibliothek und diverse Aufzeichnungen, darunter das Tagebuch über seine anläßlich der Friedenskonferenz im Jahre 1919 mit verschiedenen Staaten geführten Verhandlungen zum Zwecke der Durchsetzung von Minderheitsrechten für die Juden hat Lucien Wolf der Jüdischen Historischen Gesellschaft in England, deren Präsident er war, die gesamten auf die Jewish Colonisation Association (JCA) und des Joint Foreign Commitee Bezug habenden Dokumente und Korrespondenzen diesen beiden Organisationen hinterlassen

Nathan Straus' Bestattung

Neuyork, 13. Januar. (JTA.) Dienstag, den 13. Januar wurde Nathan Straus in der Gruft der Familie Straus in Cyprus Hills bestattet. An dem Trauergottesdienst, der im Tempel Emanu-El stattfand, nahmen viele Tausende, darunter hervorragende nichtjüdische Persönlichkeiten, teil. Die Straßen rings um den Tempel waren von einer dichten Menschenmenge erfüllt, die zur Trauerfeier nicht mehr Einlaß finden konnte. Die Trauerrede hielt Rabbiner Stephen Wise, der insbesondere die Verdienste des Verstorbenen um den Palästina-Aufbau hervorhob.

100 000 Ausländer in Amerika von Ausweisung bedroht

Washington, 8. Januar. (JTA.) Im amerikanischen Senat erklärte der neue Staatssekretär für Arbeit und Einwanderung Doak auf verschiedene Anfragen, daß derzeit in den Vereinigten Staaten 400 000 Ausländer ohne gültige Aufenthaltsbewilligung leben. Von diesen könnten etwa 100 000 nach den Bestimmungen des Einwanderungsgesetzes ausgewiesen werden.

Das Immigrationskomitee des Repräsentantenhauses hat eine Subkommission mit der Ausarbeitung eines Entwurfes für ein neues Einwanderungsgesetz beauftragt. Dem neuen Gesetz, durch das die Johnson Einwanderungsbill ersetzt werden soll, soll der Vorschlag des Staatssekretärs Stimson, die gegenwärtige Immigrationsquote unter Aufrechterhaltung des Prinzips der Einteilung nach Herkunftsländern auf ein Zehntel der bisherigen Höhe zu reduzieren, zugrunde gelegt werden.

Eröffnung der neuen Assefath Haniwcharim am 4. Februar

Jerusalem, 13. Januar. (JTA.) Der Waad Leumi hat die erste Sitzung der neugewählten jüdischen Nationalversammlung von Palästina (Assefath haniwcharim) für den 4. Februar einberufen. Dieser Beschluß kam gegen den Willen des abtretenden Vorsitzenden des Waad Leumi, Pinchas Ruthenberg, zustande, der im Hinblick auf die ernste Lage das sofortige Zusammentreten der neuen Assefath gefordert hatte.

In bewegten Worten hat Pinchas Ruthenberg dem Waad Leumi in dessen letzter Sitzung seinen Dank für die Unterstützung, die er während seiner Amtsdauer bei den Mitgliedern des Nationalrates gefunden habe, ausgesprochen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der neu zu wählende Nationalrat dasselbe Verantwortungsgefühl an den Tag legen werde, wie der bisherige.

Die hebräische Tageszeitung „Haarez“ spricht die Hoffnung aus, daß Ruthenberg trotz seines förmlichen Ausscheidens aus dem Waad Leumi diesem auch weiterhin seine Kräfte widmen wird.

Scharfe Kritik an der Ernennung Dr. Magnes zum Mitglied der landwirtschaftlichen Regierungskommission

Jerusalem, 16.Januar. (JTA.) Das Organ der Arbeiterpartei „Dawar“ nimmt in einem längeren Artikel zu der Ernennung der Kommission für landwirtschaftliche Entwicklung durch die Palästina-Regierung Stellung. Das Blatt bedauert die Ernennung des Rektors der Hebräischen Universität, Dr. J. L. Magnes, zum Mitglied dieser Kommission und erklärt, es habe den Anschein, als wolle die Regierung Dr. Magnes in den Vordergrund schieben und ihm künstlich eine Position sichern. Es sei verwunderlich, daß Dr. Magnes, der keine Qualifikation für wirtschaftliche, soziale und technische Aufgaben mit-

bringe, zu den jüdischen Mitgliedern der Kommission gehöre. Weder habe die hebräische Universität, deren Kanzler Dr. Magnes ist, irgend eine Beziehung zu landwirtschaftlichen Problemen, noch sei Dr. Magnes Repräsentant irgend einer Kolonisationskörperschaft. Die Regierung habe sich bei der Ernennung der Kommissionsmitglieder offenbar von politischen Gesichtspunkten leiten lassen, aber auch in politischer Beziehung repräsentiere Dr. Magnes nicht die jüdische Öffentlichkeit, die seine Ernennung nicht billigen könne und erstaunt darüber sei, daß man Dr. Magnes ernannt hat, während ein Mann wie Dr. Wilkansky, ein führender Sachverständiger auf dem Gebiete jüdischer und arabischer Landwirtschaft in Palästina, übergangen wurde.

Auch „Doar Hayom" kritisiert die Ernennung Dr. Magnes und erklärt, seine Berufung in die Kommission sei das Ergebnis langer Verhandlungen zwischen der Exekutive der Jewish Agency und der Palästina-Regierung.

Das Direktorium der hebräischen Universität hat auf diese Angriffe eine Entgegnung veröffentlicht, in der erklärt wird, Dr. Magnes sei in seiner Eigenschaft als Rektor der Hebräischen Universität eingeladen worden, in die Kommission einzutreten. Diese Einladung sei mit Rücksicht darauf erfolgt, daß die Universität mehrere Abteilungen besitzt, die sich mit theoretischer Forschung und praktischen Untersuchungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft befassen.

Feuilleton

Sabbatai Zewi, der Messias von Ismir

Ein Buch von Josef Kastein

Sabbatai Zewi gehört zu den Gestalten der jüdischen Geschichte, die immer wieder mit besonderer Gewalt Phantasie und Forschung anregen. Warum gerade er? Steht denn Sabbatai Zewi in der Reihe der Großen, die das Geschehen in eine bestimmte Richtung vorwärtsgetrieben haben und deren Wirken für spätere Zeiten maßgebend geblieben ist? Man wird mit Nein antworten müssen; denn weder auf geistig-religiösem noch auf politischem Gebiete hat Sabbatais Leben irgendwie das Geschick des jüdischen Volkes auf die Dauer bestimmt. Doch warum hat man ihn dann nicht vergessen, als seine Episode zu Ende gespielt war, wie man eben eine Episodenfigur abtut? Warum hat Grätz in seinem Geschichtswerke dem falschen Messias, gegen den er eifert und dessen Bewegung er als einen kläglichen Rückfall im Aufstiegsprozeß des Judentums verurteilt, mehr Raum widmen müssen als der in die Zukunft weisenden Gestalt des gleichzeitigen Spinoza? Und warum fesselt uns heute Kasteins Buch (Ernst Rowohlt Verlag, Berlin), das den Messias von Ismir (Smyrna) behandelt, vielleicht stärker als die Biographie irgendeines der größten, entscheidenden Genies der jüdischen und der universalen Geschichte?

Zunächst ist es das an Sabbatais Persönlichkeit haftende Geheimnis, das unseren Blick anzieht und festhält. Man fragt sich, wie dieser Mann seine Tätigkeit, seine Sendung und Wirkung aufgefaßt haben muß, und weiterhin, wie er imstande war, einen solchen Brand unter seinen Zeitgenossen zu entfachen. Die Frage, ob Sabbatai ein gewissenloser Betrüger gewesen ist oder nicht, und die Frage, ob die jüdischen Massen, die zu ihm aufsahen, nichts als Opfer einer Verführung gewesen sind oder nicht, — diese beiden Fragen machen das Problem Sabbatai Zewi aus. Und je mehr sich einem der Stoff eröffnet, desto bedeutsamer wird die zweite Frage; Sabbatai selbst tritt in den Hintergrund, und als Held jener Ereignisse des 17. Jahrhunderts erscheint das jüdische Volk, aus dessen äußerer und innerer Verfassung heraus alles — auch der scheinbare Held, der sich indes nur als Exponent erwiesen hat — verstanden werden muß. Wie ein Drama zieht vor Kasteins Leser das Schicksal des Helden, des jüdischen Volkes vorbei, ein Drama mit einer Nebenhandlung, dem Schicksal Sabbatai Zewis. Gewiß gehören Haupt- und Nebenhandlung zusammen, und der Messias ist aus der messianischen Bewegung nicht herauszulösen; aber das jüdische Volk ist Träger der Haupthandlung, weil aus ihm all die Kräfte entsprungen sind, die die Bewegung um Sabbatai und die Bewegung in ihm hervorgerufen haben. Kastein schildert den Messias als einen Lügner, aber als einen, der wie alle anderen im Banne des Zeitgeistes selbst tief an seine Lüge glaubt, und den das Echo, das er findet, zunächst immer zuversichtlicher macht. Doch als sich Fehlschläge zeigen, wird er unsicher und muß sich in Pose und Verrat retten. Aber bis zu seinem Ende gibt er seinen Anspruch als Messias nicht auf und hält durch seine Boten die Hoffnungen wach. Dies ist die innere Entwicklung Sabbatais, wie sie Kastein zeichnet, neben den äußeren Ereignissen seines Lebens von seiner Jugend an als Sohn des Kaufmanns in Smyrna, der alle seine geschäftlichen Erfolge der Frömmigkeit seines Sohnes zu verdanken glaubt, über sein erstes Auftreten als Auserwählter, indem er den vollen Gottesnamen ausspricht, seine Verbannung, seinen Aufstieg und seine Triumphe bis zu seiner Gefangennahme durch den Sultan, seinem Übertritt zum Islam und seinem Tode im Kerker. Umgeben und begründet aber hat Kastein das Einzelschicksal des Messias mit dem Schicksal des Judentums jener Epoche. Es gibt kaum eine so packende, eindringliche Schilderung der Geisteslage des damaligen Judentums wie die Kapitel bei Kastein, in denen er zeigt, wie auf der Grundlage des jüdischen Mittelalters mit seinem Rabbinismus und seiner Kabbala die Zeit allmählich heranreift, wie die fürchterlichen Judenverfolgungen in Polen das Maß der Leiden und der Erlösersehnsucht vollmachen, wie die Bewegung ihren Führer findet und sich über die ganze jüdische Welt ausbreitet, um schließlich, doch erst lange nach dem Tode Sabbatais, zu enden. Kastein hat sich als würdiger Bearbeiter dieser fruchtlosen und darum tragischen Epoche jüdischer Geschichte erwiesen, einer Epoche, in der das jüdische Volk trotz aller Leiden der Zerstreuung noch nicht den Glauben an seine Einheit und Einzigkeit und die Hoffnung auf seine Erlösung verloren hat. Und Sabbatai Zewi? Warum konnte er nicht wirklicher Führer dieser leidenschaftlichen Bewegung und Erfüller der großen Hoffnungen sein? Diese Frage beantwortet Kastein in seinem Schlußkapitel, das er „Sinngebung des Geschehens" überschreibt. Sabbatai war ein zu kleiner Mensch, darum kein echter Führer. Es fehlte ihm die Kraft der Hingabe an die Bewegung der Gläubigen, er konnte nur immer sich bejahen und wollte nur sich getragen sehen. Deshalb mußte er fallen und nach ihm die Bewegung, die eines größeren Führers würdig gewesen wäre. E. E.

* * *

Neue Ausgrabungen und Funde in Palästina

Bericht Professor Sukeniks in der Deutschen Archäologischen Gesellschaft

Berlin, 18. Januar. (JTA.) Prof. Sukenik, der Archäologe der Jerusalemer Universität, der seit einigen Wochen in Berlin weilt, berichtete in der Deutschen Archäologischen Gesellschaft über neue Gräberfunde in Palästina, die auf bisher unbekannte Bestattungsbräuche in der Epoche um Christi Geburt hinweisen. Seit längerer Zeit werden in Palästina Steinkisten gesammelt, zu klein, um als Sarkophage zu dienen. Jetzt erst ist ihre ehemalige Verwendung aufgeklärt: In den Familiengräbern, die in Höhlen oder in künstlichen Felslöchern angebracht wurden, fanden bald die neu hinzukommenden Leichen keinen freien Raum. So wurden diese zuerst in die länglichen Grablöcher gelegt, worauf man diese durch eine Steinplatte verschloß. War die Verwesung vollzogen, öffneten die Verwandten feierlich das Grab, überführten die Knochen in eine steinerne Gebeinkiste, wir wir deren jetzt zu Hunderten finden, und diese wurden endgültig in einem tiefer gelegenen Loch aufbewahrt. Diese Gebeinkisten oder Ossuarien haben flache, gewölbte oder giebelförmige Dächer oder sind fast immer durch im weißen Kalkstein geschnittene Ornamente verziert. Eine offenkundige „Kerbschnitt-Technik", die darauf hinweist, daß vor Gebrauch der Kalksteinkisten ehemals hölzerne Kisten in Gebrauch waren.

Viel ist aus den Inschriften zu ersehen. Da lesen wir in flüchtiger Kursivschrift jüdische und aramäische Namen, einige aus dem Geschlecht des Hohepriesters Gamaliel, auch Mitglieder des Sanhedrin werden genannt. Die Zeit dieser Steinkisten läßt sich mit Gewißheit feststellen, es handelt sich um das vorchristliche Jahrhundert und um die Periode nach Christi Geburt bis zur zweiten Zerstörung des Tempels (70 v. Chr.). Man hat also hier zuverlässige intime Zeugnisse aus der Zeit Jesus von Nazareth, es finden sich einige Namen, die nur im neuen Testament vorkommen. Überaus stark wirkt die Inschrift einer Steinkiste: „Jeschua bar Jehoseph" (Jesus, Sohn Josephs).

Prof. Sukenik will nicht die Möglichkeit als naheliegend bezeichnet haben, daß es sich hier um die Gebeinkiste Christi handelt. Er knüpft daran nur die folgende Bemerkung: Der Name Jeschua ist an und für sich selten und für die damalige Zeit nur wenig bezeugt. Hinzu kommt, daß dieser Jeschua als Sohn Josephs bezeichnet wird. Gewiß, der Name Joseph ist häufig, aber immerhin ist das Zusammentreffen ein seltsames. Das Ossuar selber ist von sehr einfacher Form und trägt nicht den reichen Schmuck, den viele andere aufweisen; es ist auch bei der Beschriftung kein Künstler hinzugezogen worden, wie das sonst üblich war, sondern die Schriftzüge sind ein wenig unbeholfen in einfacher Kursivschrift von den Angehörigen selber angebracht. Dies alles wie auch das Idiom der Niederschrift könnten gut auf den Menschen Jesus passen, aber eine Identifizierung wird immer unmöglich bleiben.

Die gefundenen Knochen mehrerer dieser Ossuarien werden anthropologisch vermessen, dazu fehlen in Jerusalem die Mittel. Diese Arbeiten sollen in Berlin von Geheimrat Virchow ausgeführt werden. Prof. Sukenik glaubt, daß manches Erstaunliche über die damalige Rassenzusammensetzung des jüdischen Volkes herauskommen wird. Das Archäologische Institut des Deutschen Reiches wird noch in diesem Jahre das ganze Material Sukeniks veröffentlichen. Prof. Schubart wird manche schwer leserliche Inschrift noch entziffern. Jedenfalls haben diese Forschungen die Realitäten der Heiligen Schrift uns um vieles näher gerückt. Demnächst soll eine große Nekropole nahe bei Jerusalem ausgegraben werden, sie verspricht reiche Funde. Nach Feststellung der Ergebnisse sollen alle Gräber wieder auf immer verschlossen werden. Prof. Sukenik versicherte, daß nur zögernd und mit aller Pietät bei diesen Ausgrabungen und Forschungen vorgegangen wird.

Die Mauern von Jericho werden ausgegraben

London, 16. Januar. (JTA.) Der Liverpooler Universitätsprofessor John Garstang begab sich an der Spitze einer Expedition nach dem Jordan-Tal, um die Ursachen des Einsturzes der Mauern von Jericho festzustellen. Er erklärte Vertretern der Presse, daß durch Ausgrabungen festgestellt wurde, daß Jericho zwei Mauern umgeben haben. Der Einsturz muß von einer heftigen Feuersbrunst begleitet worden sein, da rauchgeschwärzte Steine und verkohlte Trümmer gefunden werden.

Personalia

Frau Rosa Marcus feierte am 18. Januar in München in voller Frische ihren 80. Geburtstag.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Vorläufiges Ergebnis der Einschreibung an der Israelitischen Volksschule München

1. Klasse	33
2. Klasse	35
3. Klasse	39
4. Klasse	34
insgesamt	141

Ausspracheabend im Jüdischen Frauenbund

Der Jüdische Frauenbund lud am 15. Januar seine Mitglieder und zahlreiche Gäste zu einem Ausspracheabend über das Thema „Die jüdische Frau im Beruf" ein. In acht Kurzreferaten sollte einerseits den Mitgliedern des Frauenbundes ein Bild der Berufstätigkeit der jüdischen Frau vermittelt werden, anderseits den jungen, im Beruf stehenden Frauen, die Möglichkeit gegeben sein, durch Aussprache sich selbst Klarheit über die Probleme ihrer Arbeit zu verschaffen. Von den acht Referentinnen schilderten vier das Arbeitsfeld einer kaufmännischen Angestellten, während von den vier weiteren Referentinnen die Berufsfreuden und -leiden einer Krankenschwester, einer Sozialbeamtin, einer Hausangestellten und einer Religionslehrerin aufgezeigt wurden.

An der Diskussion, die sehr lebhaft war, beteiligten sich drei Damen. In ihrem Schlußwort gab Frau Dr. Rahel Straus der Hoffnung Ausdruck, daß sich die berufstätigen jüdischen Frauen Münchens zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenfinden möchten, deren Ziel sein soll, durch gegenseitige Aussprache und Beratung die einzelnen Teilnehmer weiterzubringen. Es ist erfreulich, daß es dem Jüdischen Frauenbund durch diesen, allgemein befriedigenden Abend gelungen ist, die von ihm schon

längst erwünschte Bindung mit den jungen, im Berufsleben stehenden jüdischen Frauen Münchens zu erlangen und es ist besonders wünschenswert, daß es auf diesem Wege vielleicht gelingt, dem allgemein beklagten und auch an diesem Abend hervorgehobenen Mißstand Abhilfe zu schaffen, der darin besteht, daß jüdische Arbeitgeber oft es geradezu prinzipiell ablehnen, jüdische Angestellte zu beschäftigen. In dieser Richtung könnte gerade der jüdische Frauenbund außerordentlich wertvolle Arbeit leisten, die ihm selbst, den berufstätigen jüdischen Frauen und damit der jüdischen Gesamtheit zugute kommt.

Jüdische Presse in Deutschland

Im Rahmen einer von der Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung München veranstalteten Vortragsreihe „Weltanschauung und Presse" referierte am 14. Januar in einem Hörsaal der Universität Dr. Ludwig Holländer (Berlin), der Direktor des Centralvereins über „Die Jüdische Presse in Deutschland",nachdem über die katholische und protestantische Presse Vorträge schon gehalten worden waren. Aus der Tagespresse ist bereits zur Genüge bekannt, daß dieses Referat Holländers, der sich im übrigen seiner Aufgabe im allgemeinen objektiv entledigte, von einer Anzahl antisemitischer Studenten zum hochwillkommenen Anlaß genommen wurde, den in der Mehrzahl wohl jüdischen Zuhörern und dem Redner gratis ein antisemitisches Spektakelstück vorzuführen. Das haben sie zweifellos auch ausgezeichnet fertiggebracht — in unsachlichen, dummen Zwischenrufen, Zischen, Trampeln und Scharren haben sie unübertreffliche Meisterschaft bewiesen. So haben sie es Holländer nach Kräften schwer gemacht; vielleicht kommt es daher, daß dieser der zwar, wie gesagt, objektiv und wissenschaftlich blieb, glaubte, es sich leicht machen zu müssen — der eigentlichen Problematik seines Stoffes ist er aus dem Wege gegangen. Er hatte zu Beginn seiner Ausführungen angedeutet, daß es neben der eigentlichen jüdischen Presse — über die er ausführlich berichtete, was hier wohl nicht wiedergegeben werden muß — auch eine von Juden für Nichtjuden geschriebene jüdische Presse und die nur so genannte „jüdische Presse" und damit sehr gespannt auf seine Behandlung dieser etwas knifflichen Gegenstände gemacht, die er aber entweder gar nicht vorgesehen hatte oder des Lärms wegen unterließ. Ob er dabei noch objektiv geblieben wäre und seine wirkliche Meinung gesagt hätte? Eine Bemerkung über den Verband nationaldeutscher Juden und seine Zeitschrift läßt zum mindesten daran zweifeln. Herr Dr. Holländer meinte nämlich,, daß in wesentlichen Auffassungen nur ein unerheblicher Unterschied zwischen nationaldeutschen Juden und Centralverein bestünde. Für diese Richtigstellung wird jedenfalls auch der, Herrn Dr. Holländer dankbar sein, der bisher nach Verlautbarungen des Centralvereins eine andere Meinung haben durfte.

*

Am Donnerstag abend sprach Herr Dr. Holländer in einer Mitgliederversammlung des Centralvereines, dessen Veranstaltungen leider niemals so angekündigt werden, daß man wissen könnte, ob sie öffentlich sind und ob die Teilnahme von Gästen erwünscht ist oder nicht. Es ist so auch unmöglich, über Holländers Ansichten, die gewiß nicht nur die Mitglieder des Central interessieren, aus eigener Kenntnis zu referieren. Nach dem allerdings, was man darüber hören konnte, scheinen diese Ansichten in mehr als einer Hinsicht merkwürdig und einigermaßen Verlegenheitsprodukte zu sein. Herr Dr. Holländer soll allen Ernstes davon gesprochen haben, daß in absehbarer Zeit das Verhältnis zwischen Deutschen und deutschen Juden sich wieder bessern werde und zwar habe er in diesem Zusammenhang auf die wahrscheinliche Errichtung eines Ständestaates verwiesen, zum Staunen sicherlich auch eines großen Teils seiner Zuhörer, die wohl kaum von dieser neuen Staatstheorie des C.-V. mit hundertprozentigem Vergnügen gehört haben werden.

Jüdischer Nationalfonds, München

Montag, den 2. Februar (15. Schwath) Chamischa assar Fest (Neujahrsfest der Bäume). Den Abend frei halten.

Hebräische Sprachkurse, München

Neuer Anfängerkurs. Bei einer genügenden Teilnehmerzahl wird demnächst ein neuer Anfängerkurs gegründet. Unterrichtszeit nach vorheriger Übereinkunft.

Anmeldungen werden im Unterrichtslokal, Herzog-Rudolf-Straße 1, Telephon 2 97 4 49 entgegengenommen.

Jungzionistischer Arbeitskreis. Der nächste Abend des von Herrn Ernst Eisen geleiteten Geschichtskurses findet Montag, den 26. Januar 1931, abends 8.30 Uhr, im Jugendheim statt.

Wochenprogramm der „V.J.St. Jordania"

Mittwoch, 28. Januar, 8 Uhr: Sport.
Freitag, 30. Januar: inoffiz. Freitagabend. Ort wird bekannt gegeben.
Hebräisch und Fuxenkurs zu den angesetzten Zeiten.

Vorlesung von Manfred Sturmann und musikalischer Abend in der Jesaia-Loge am Dienstag, den 3. Februar

Am Dienstag, dem 3. Februar, wird Manfred Sturmann, im Rahmen der Veranstaltungen der Jesaia-Loge (offene Loge) aus unveröffentlichten eigenen Werken vorlesen. Herr Sturmann wird lesen: Neue Gedichte. — Ein Kapitel aus einem neuen Buch „Die Kindheit". — Unveröffentlichte Novelle: „Ein Knecht sitzt auf dem Baum." — An die Vorlesung schließt sich ein Geigen-Vortrag von Mrau Gertrude Masser an. Beginn pünktlich 8.30 Uhr, abends, in den Räumen der Concordia (Prannerstraße 4/0). Angehörige und Freunde der Logenmitglieder haben zu diesem Abend freien Zutritt.

Bar-Kochba, Sportabteilung

Die Beteiligung am Training in der großen Sendlinger Halle wird immer größer. Doch vermissen wir noch einen Teil unserer leichtathletischen Kampfmannschaft, sowie die Spieler der 1. Handballmannschaft. Wir erwarten, daß sämtliche Aktive nun restlos dem Training beiwohnen. Die Sendlinger Halle ist am besten mit der Linie 6 zu erreichen. Haltestelle Sendlinger Weinbauer, Plinganserstraße. Zum Abschluß des Trainings findet, soweit es die Bodenverhältnisse erlauben, auf dem der Halle angrenzendem Sportplatz, ein längerer Lauf statt. — Der Spielbetrieb der Tischtennisriege ist aufgenommen. Gespielt wird jeden Abend, mit Ausnahme des Freitags, im Studiozimmer des Jüdischen Jugendheimes, Herzog-Rudolf-Straße. Es beträgt die Aufnahmegebühr 2 RM. und das Spielgeld ist auf 15 Rpf. für den Abend festgesetzt. Allen, die am Tischtennis Interesse haben, ist Gelegenheit gegeben, das Spiel gründlich zu erlernen, da jeden Abend

ein Spitzenspieler anwesend ist, der sich den Anfängern zur Verfügung stellt. Die Tischtennisriege, die in absehbarer Zeit mit Wettspielen in die Öffentlichkeit tritt, hat schon eine beachtenswerte Spielstärke. Der Münchener Meister Goldstern, sowie Kornhauser, Helfeld, Gröbel, die alle schon für München repräsentativ spielten, gehören der Tischtennisriege an. Auskunft erteilt jeder Zeit Jos. Kornhauser, Rumfordstraße 46, oder Leo Fleischer, St.-Paul-Straße 9.

Buntes Maskentreiben am Sonntag, 1. Februar, abends 8 Uhr, in der Bayer. Reitschule, Königinstraße 34

Die Sportabteilung des Bar-Kochba veranstaltet am 1. Februar eine Faschingsfeier, wozu die gesamte jüdische Jugend und alle, die sich jung fühlen, eingeladen wird. Ein nettes, humorvolles Programm, eine schneidige Kapelle werden das ihrige dazu beitragen, alle, welche die Alltagssorgen vergessen wollen, in eine richtige Faschingsstimmung zu bringen. Der Eintritt ist sehr mäßig. Weinzwang besteht nicht. Alle Getränke werden ausgeschenkt. Näheres im nächsten „Echo".

Die Sport-Abteilung des Bar-Kochba.

Bar-Kochba, Handballmannschaft

Da der Männerturnverein Schwabing durch ein Meisterschaftsspiel am 7. Februar verhindert ist, findet an diesem Tage ein Freundschaftsspiel gegen Jahn II auf dem Sportplatz an der Säbenerstraße statt. Nachdem auch schon Mitte Februar die Verbandsspiele beginnen, die Aufstellung vorgenommen werden muß, sowie verschiedene dringende Angelegenheiten zu besprechen sind, findet kommenden Montag, 26. Januar, abends halb 9 Uhr, im Jüdischen Jugendheim, Herzog-Rudolf-Straße 1, eine Spielerversammlung statt, zu der sämtliche Spieler der I. Handballmannschaft und die Ersatzleute zu erscheinen haben.

Der Spielführer.

Bar-Kochba Damen-, Mädchen-, Kinderabteilung

Die Mitglieder aller Abteilungen werden aufgefordert, pünktlich und regelmäßig die Turnstunden zu besuchen.

Die Mädchen turnen jeden Montag von 6 bis 7 Uhr, die Damen I von 7 bis 8 Uhr, die Damen II von 8 bis 9 Uhr in der Luisenschule. Die Kinderabteilung turnt jeden Mittwoch nachmittag von 3 bis 4 Uhr im Turnsaal der Jüdischen Volksschule.

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez, München

Samstag, den 24. Januar, 20.45 Uhr, Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße, Fortsetzung des Vortrages von stud. mus. Scheinermann „das jiddische und hebräische Volkslied". II. Teil „Das hebräische Volkslied". Gäste herzlich willkommen.

Jüdischer Gesangverein E. V., München

Einladung (gemäß § 16 der Satzungen) zur ordentlichen Generalversammlung am Dienstag, dem 27. Januar 1931, abends 8 Uhr, im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht und Entlastung. 3. Werbekonzert. 4. Anträge (diese müssen spätestens am 26. Januar bei Herrn Jos. Silbermann, Schriftführer, Anglerstraße 28, eingereicht werden.)

Der Vorstand. I. A.: Bettsack.

Machsike Hadas

In der am Sonntag, 18. Januar 1931, stattgefundenen Generalversammlung des Synagogenvereins „Machsike Hadas" wurden folgende Herren in den Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender, Herr D. E. Wunder, Klenzestraße 28; 2. Vorsitzender Herr M. Kohn, Rumfordstraße 2 (Tel. 28 7 30); Delegierter, Herr Abr. Schindler, Buttermelcherstraße 14 (Tel. 24 7 86); Gabboim, die Herren P. Sturm, Corneliusstraße 16 (Tel. 2 96 8 93) und Jasr Wainschel, Klenzestraße 66; Kassenrevisor, Herr H. Rubin, Ackerstraße 1a; Schriftführer, Herr G. Meerowitz, Klenzestraße 66.



Keren Kajemeth Lejisrael
Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912
Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 15
vom 13.—20. Januar 1931

Goldenes Buch Dr. Max Mayer: In Ausführung der Resolution des Jung-Zion. Arbeitskreises vom 24. November 1930, zeichnen (6. Ausweis):

Dora Monheit 5.—; Gerda Mendle 1.—; Ignatz Gidalewitsch 5.—; Dr. Leopold Berger und Frau 10.— = 21.—.

Werner Auerbacher dankt Alten Herrn Dr. Weiß herzl. für ärztliche Bemühungen 5.— = 26.—.

Sarah Reich s. A. Garten: Frau E. Kalter stiftet auf den Namen von Herrn Jakob Kalter s. A. anl. seines Todestages 3 Bäume 18.—.

Einzelne Büchse. Geleert durch Frl. Mirjam Böhm: Viktor Drechsler 1.06.

Material: Fam. Gittler-Helfgott 3 N.-F.-Telegramme 1.50. Summa: 46.56.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1930: 2684.60 RM.

Benützt bei allen Anlässen die Telegramm-Ablösungsformulare des Jüdischen Nationalfonds. Preis 50 Rpf. Erhältlich im Büro des J.N.F., Herzog-Rudolf-Straße 1.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Spenden im „Jüdischen Echo" ausgewiesen werden können, die spätestens Dienstag jeder Woche aufgegeben und einbezahlt wurden im
Büro des Jüdischen Nationalfonds, Herzog-Rudolf-Straße 1.

Für die uns anläßlich unserer Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir allen Freunden und Bekannten herzlichen Dank.

PINKUS TOBIASCH und FRAU

RICHARD GÜLDENSTEIN

Vertreter der
BUCHDRUCKEREI B. HELLER
Plinganserstr. 64 / Tel. 73664/65

Privat: Schubertstraße 3/II
Telephon 54062

Färberei J. Arnold
Chemische Waschanstalt

Porträts nach dem Leben, sowie von Verstorbenen nach alten Photographien,

Renovierungen beschädigter Bilder, **Unterricht** im Zeichnen und Malen durch anerkannten Künstler.

Magidey, Theresienstr. 134, Gartenhaus, II. Stock. Tel. 54071

Sigmund Fraenkel

Aufsätze und Reden

Ein Spiegelbild deutsch-jüdischer Geschichte
aus dem Beginne des zwanzigsten Jahrhunderts

Herausgegeben von

Dr. Adolf Fraenkel

Professor an der Universität Jerusalem

Die Gestalt Sigmund Fraenkels steht noch vielen Münchener Juden vor Augen. Das Buch will die Erinnerung an diese originelle und wahrhafte Führerpersönlichkeit lebendig erhalten.

Preis gebunden Rm. 12.—
broschiert . . . . Rm. 10.50

Verlag B. Heller * München

Plinganserstraße 64

Hier abtrennen!

Verlag: B. Heller, München, Plinganserstraße 64

Bestellschein:

Ich/Wir bestellen hiermit

.... Exempl. **Fraenkel,** Aufsätze und Reden, gebunden/broschiert

Der Betrag von RM........ wurde auf Ihr Postscheckkonto München Nr. 3987
einbezahlt, soll durch Nachnahme erhoben werden. (Nichtzutreffendes durchstreichen!)

Datum: ....

Ort: .... Straße: ....

Unterschrift und Stempel: ....

Annahme von kleinen Anzeigen
für
„Das Jüdische Echo“ und die
„Bayerische Israelitische Gemeindezeitung“
auch
Ewer-Buchhandlung, Ottostraße 2

VERLAG B. HELLER, MÜNCHEN, PLINGANSERSTRASSE 64

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.